

SÜDTIROL KANN'S BESSER

Wahlprogramm



**SÜDTIROL
KANN'S
BESSER**

ARBEIT MUSS SICH LOHNEN

Das Leben im Niedriglohn- und gleichzeitig Hochpreisland ist für immer weniger Menschen bezahlbar. Immer breite Schichten sind von einer Verschlechterung der Lebensqualität und von einer steigenden Armutsgefährdung betroffen. Hinzu kommt die starke Abwanderung von meist jungen und qualifizierten Arbeitskräften. Damit arbeitende Südtiroler vernünftig von ihrem Lohn leben können und nicht immer größerer Anzahl zu Bittstellern des Landes degradiert werden, müssen die notwendigen lohnpolitischen Stellschrauben angezogen werden. Wir wollen die Kaufkraft durch Kollektivverträge auf Landesebene, eine Reduzierung der Lohnnebenkosten und ein sektorenübergreifendes zusätzliches Lohnelement stärken und die Renten an unsere Lebenshaltungskosten anpassen.

UNSERE ZIELE:

- **Inflationsanpassung:** Wir fordern einen Inflationsausgleich der Löhne bei bestehenden Landeskollektivverträgen und damit eine Lohnerhöhung im Ausmaß von 10 bis 13 Prozent, um die Kaufkraft der Südtiroler wenigstens wieder auf das Vorkrisenniveau zu bringen.
- **Neue Spielräume für territoriale Kollektivverträge aushandeln:** Die staatlichen Kollektivverträge spiegeln nicht die Lebenswirklichkeit in Südtirol wider. Im Hochpreisland Südtirol müssen deshalb mit den staatlichen Stellen neue Möglichkeiten für noch ausstehende territoriale Zusatzverträge ermöglicht werden.
- **Autonome Zuständigkeit für Kollektivverträge:** Als längerfristiges Ziel muss die Autonomie dahingehend ausgebaut werden, dass sämtliche Fragen der Kollektivverträge in die primäre Zuständigkeit des Landes fallen. Landestarifverträge müssen die nationalen Kollektivverträge ersetzen, damit das Land einen rechtlichen Rahmen festlegen kann, außerhalb dem sich die Verhandlungspartner nicht zu bewegen haben – auch bei Kollektivverträgen im Privatsektor.
- **Einführung des „Südtirol Lohn“:** Das zusätzliche Lohnelement muss für Betriebe ein Pflichtkriterium zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen werden. Zudem muss es Voraussetzung für den Anspruch auf öffentliche Beiträge und einen reduzierten IRAP-Steuersatz angewandt werden.
- **Staatliche Niedrigrenten an Lebenshaltungskosten anpassen:** Dazu sind Finanzmittel aus dem Landeshaushalt und den Reservefonds freizugeben, um die Beitragshöhe der Sozialmaßnahme „Beitrag für Miete und Wohnungsnebenkosten“ und für den „Beitrag für Wohnungsnebenkosten für Rentner“ an die gestiegene Inflation anzupassen. Auch sind die Zugänge zu diesen beiden Leistungen zu erleichtern und die Beiträge zu erhöhen.
- **Reduzierung der Lohnnebenkosten:** Wir fordern die Nutzung aller Spielräume, um die Lohnnebenkosten zu senken, welche in Südtirol erheblich über dem EU-Durchschnitt liegen.

GÜNSTIGER STROM FÜR ALLE

Aufgrund der fehlenden Energie-Autonomie zahlen wir sehr hohe Strompreise. Wir wollen, dass alle Südtiroler vom umweltfreundlichen Energiereichtum aus Wasser, Sonne und Wind profitieren. Günstigere Strompreise für die Haushalte und die Wirtschaft wären bereits heute möglich, wenn unser Land seine Kompetenzen wahrnehmen und sein vorhandenes Potenzial ausschöpfen würde.

UNSERE ZIELE:

- **Bürgerfreundliches Landes-Energiegesetz:** Alle Südtiroler müssen vom umweltfreundlichen Energiereichtum aus Wasser, Sonne und Wind profitieren. Ein modernes, landeseigenes Energiegesetz im Sinne der autonomiepolitischen Zuständigkeiten ermöglicht mehr Unabhängigkeit und günstigere Versorgung mit Strom und Wärme. Durch Bürgerbeteiligung und eine eigene Tarifzone müssen regionale Kreisläufe gestärkt und somit die Versorgungssicherheit gewährleistet werden.
- **Gratis-Strom weitergeben:** Laut dem Autonomiestatut hätte die Landesregierung die Möglichkeit, den jährlich von den Konzessionsinhabern großer Wasserkraftwerke abgetretenen Gratis-Strom an die Haushalte und Betriebe weiterzugeben. Stattdessen hat sie seit Jahren nur den wesentlich niedrigeren Gegenwert dieses Kontingents kassiert und in den Landeshaushalt fließen lassen, wodurch hunderte Millionen Euro verschenkt wurden und die Verbraucher leer ausgingen. Spätestens seit dem Ausbruch der Energiekrise und der galoppierenden Inflation muss der Gratis-Strom an die Haushalte und Betriebe weitergegeben werden, um die negativen Folgen abzufedern.
- **Wettbewerbsfähige Preispolitik:** Die Energiepreise bestimmen nicht nur die Lebenshaltungskosten eines jeden einzelnen Bürgers, sondern wirken sich auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft aus. Südtirol braucht deshalb Möglichkeiten der lokalen Regulierung der Verbraucherpreise.
- **Potenzial der erneuerbaren Energien ausschöpfen:** Neben der Optimierung der Wasserkraftnutzung gilt es intensiver auf Fotovoltaik zu setzen sowie das heimische Windkraftpotenzial durch modernen Kleinwindrädern und -turbinen zu nutzen. Die Nutzung regionaler Rohstoffe, wie die Herstellung von Biogas und Festdünger aus Gülle oder die Verstromung der Abwärme der Fernheizwerke zur Herstellung grünen Wasserstoffs, muss gezielt gefördert werden.
- **Selbstversorgung fördern:** Neben der überfälligen Neuausrichtung der heimischen Energiepolitik muss Haushalten und Betrieben die Chance gegeben werden, selbst zu Stromproduzenten zu werden und dank günstigem Solarstrom vom eigenen Dach die Stromkosten zu senken. Dafür muss das Land den Bürgern unter die Arme greifen und sie mit einem Landeskredit für die Installation einer Fotovoltaikanlage beim Schritt in die energetische Selbstversorgung unterstützen.

AUTONOMIEAUSBAU – BIS HIN ZUM FREISTAAT

Ob Arbeit, Steuern, Sicherheit, Einwanderung oder Ehrenamt: Südtirol hat bei wesentlichen politischen Fragen keinen eigenen oder aber einen sehr beschränkten Handlungsrahmen. Unsere Teilautonomie reicht in vielen Bereichen nicht mehr aus, um die wirtschaftliche, soziale, und sprachliche Sicherheit Südtirols langfristig zu gewährleisten. Wir wollen die Ergebnisse des Autonomiekonvents umsetzen und unsere Kompetenzen konsequent in Richtung einer echten Eigenständigkeit ausbauen.

UNSERE ZIELE:

- **Umsetzung der Ergebnisse des Autonomie-Konvents:** Von April 2016 bis Juni 2017 tagte der Südtirolkonvent. Aus autonomiepolitischer Sicht wurde im Rahmen des Südtirolkonvents ein gutes Resultat erzielt, das einen signifikanten Ausbau der Südtirolautonomie vorsieht. Alle Ergebnisse, die im Zuge der Bürgerbeteiligung erzielt worden sind, dürfen nicht länger in den Schubladen verstauen und müssen im Sinne des Konvents umgesetzt werden.
- **Ausbau der derzeitigen Teilautonomie zur Vollautonomie bis hin zum Freistaat:** Die derzeitige Südtirolautonomie ist eine Teilautonomie die in vielen Bereichen keine direkten Zuständigkeiten umfasst. Der nächste autonomiepolitische Schritt muss der Ausbau zur Vollautonomie sein. Dieser Schritt muss sowohl was den Katalog der Zuständigkeiten anbelangt weit über das heutige Maß hinausreichen und nur mehr einige wenige Kompetenzen beim Zentralstaat belassen, aber auch was die Qualität und Absicherung der Autonomie betrifft völlig neue Maßstäbe setzen. Zentrale autonomiepolitische Kompetenzen, wie die Finanz- und Steuerhoheit, eine eigene Landespolizei, ein unabhängiges Gesundheitswesen oder die primäre Zuständigkeit in der Einwanderungsfrage müssen konsequent vom Staat eingefordert werden.
- **Südtirol, die kleine Schweiz:** Wir wollen unserem Land den Rahmen geben, der auch unserer Realität und unseren Möglichkeiten gerecht wird: Südtirol als Heimat der deutschen, ladinischen und italienischen Volksgruppe, die auf Augenhöhe ihr Zusammenleben gestalten und gemeinsam das große Potenzial unseres Landes als Schnittstelle und Brücke zweier großer Kultur- und Wirtschaftsräume ausschöpfen. Ein eigenständiger, souveräner, unabhängiger und in seinem Selbstverständnis dreisprachiger Staat Südtirol würde das Denken in Mehrheit und Minderheit überwinden.

EINWANDERUNG: SÜDTIROLS INTERESSEN ZUERST

Statt eines kontrollierten und qualifizierten Zuzugs in den Arbeitsmarkt erleben wir in Südtirol vielfach eine unkontrollierte Armutsmigration in unser Sozialsystem. Damit Zuwanderung mit der besonderen ethnischen Struktur und den kulturellen Eigenheiten unseres Landes sowie den Bedürfnissen der Südtiroler Wirtschaft und der Sozialstruktur kompatibel ist, muss sie gesteuert werden. Dafür muss Südtirol die primäre Kompetenz in der Einwanderungsfrage erlangen.

Bis dahin gilt es, die Negativfolgen der fehlgeleiteten Einwanderungs- und Integrationspolitik der letzten Jahre abzumildern und zu korrigieren sowie Zuwanderungsanreize ins Sozialsystem abzubauen.

UNSERE ZIELE:

- **Einwanderung selbst regeln:** Südtirols Wirtschaft hat Bedarf nach gut ausgebildeten Arbeitskräften und soll sich für diese attraktiv machen. Die Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft sind mit den kulturellen und sprachlichen aber auch mit den sozialen und gesamtgesellschaftlichen Eigenheiten Südtirols in Einklang zu bringen. Dafür brauchen wir die primäre Zuständigkeit im Bereich der Zuwanderung, die im Zuge des Autonomieausbaus mit Nachdruck von Rom einzufordern ist.
- **Integration ist eine Bringschuld:** Integration ist in erster Linie eine Verpflichtung der Zuwanderer, denen die Chance gegeben wird, sich in Südtirol ein Leben aufzubauen. Zuwanderer haben sich an unserer Rechts-, Werte- und Gesellschaftsordnung auszurichten und nicht umgekehrt.
- **Fordern und Fördern:** Südtirol ist kein Selbstbedienungsladen: Leistung muss in unserem Land belohnt und die Sozialleistungen des Landes an Integrationsanforderungen geknüpft werden. Die seit einiger Zeit eingeführten verpflichtenden Sprach- und Kulturkurse für den Erhalt des Landesfamilien- und Landeskindergeldes müssen als Zugangsvoraussetzung auf weitere Sozialleistungen wie beispielsweise das Wohngeld ausgeweitet werden.
- **Sachleistungen statt Geldleistungen:** Sowohl bei der Überarbeitung bestehender als auch bei der Einführung neuer Sozialleistungen muss geprüft werden, inwieweit Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden können. Damit wird sichergestellt, dass Finanzmittel des Landes tatsächlich für den vorgesehenen Zweck verwendet werden, nicht ins Herkunftsland abfließen und kein Anreiz für dauerhafte Schwarzarbeit besteht.
- **Herkunftslandprinzip bei Sozialleistungen:** Für Sozialleistungen, die ins Ausland gehen, muss generell das Herkunftslandprinzip gelten. Miet- und Familienbeihilfen müssen sich am Niveau des Herkunftslandes orientieren.

- **Vermögenserklärung von Ausländern – Pflicht zur Dokumentation:** Um möglichem Missbrauch und Betrug vorzubeugen ist es erforderlich, die Selbsterklärung von Ausländern bezüglich ihres Mobiliar- und Immobilienvermögens im Herkunftsland bei der Beantragung von diversen Sozialleistungen des Landes durch eine verpflichtende und von den zuständigen Behörden im Heimatland bestätigte Dokumentation zu ersetzen.
- **Abschiebung von ausländischen Straftätern:** Die migrationsgetriebene Kriminalität ist nur durch konsequente Abschiebungen zu bändigen. Nicht nur im Sinne der einheimischen Bevölkerung, sondern auch jener Zuwanderer, die sich bei uns integriert und eine vorbildliche Existenz aufgebaut haben. Wer das Gastrecht mit Füßen tritt, hat es verwirkt und muss Südtirol verlassen.
- **Asyl bedeutet Schutz auf Zeit:** Anerkannten Flüchtlingen müssen in Südtirol Integrationsmaßnahmen und ein Schutz auf Zeit gewährt werden, welcher nicht zwingend ein Heimatrecht in Südtirol begründet. Wenn der Asylgrund entfallen ist, muss die Rückkehr in das Herkunftsland erfolgen. Ausnahmen können dann gewährt werden, wenn anerkannte Asylanten aufgrund guter Qualifikation gute Prognosen für eine Integration in den Südtiroler Arbeitsmarkt und die Südtiroler Gesellschaft aufweisen.
- **Basisdemokratische Volksabstimmungen** bei der Verteilung von Migranten auf die Gemeinden, die die Last der Integration zu tragen haben. Solidarität lässt sich nicht von oben verordnen. Die Bürger müssen selbst entscheiden dürfen.
- **Übernahme der Kompetenzen im Immigrations- und Asylrecht:** Mittel- bis langfristig ist dies eine notwendige Voraussetzung, um die Steuerung der Immigration im Sinne der Bedürfnisse Südtirols zu steuern. Diese Kompetenzen sind in Rom einzufordern.
- **Kein Familiennachzug für Asylwerber:** Ausschließlich Personen mit anerkanntem Schutzstatus ist der Familiennachzug für die Kernfamilie (Ehepartner und Kinder) zu erlauben, solange die Aufnahmekapazität Südtirols nicht überfordert wird. Vor Anerkennung des Asylstatus ist jedweder Familiennachzug zu unterbinden.
- **Keine Integrationsmaßnahmen für Asylwerber mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus:** Die meisten dieser Asylwerber haben keinen Anspruch auf ein Bleiberecht, daher sind Integrationsmaßnahmen gleichbedeutend mit einer Kapitulation des Staates vor der Massenzuwanderung.
- **Moscheen und Minarette:** die Religionsfreiheit muss gewahrt bleiben. Solange sich kein liberaler, mit den westlichen Gesellschaften kompatibler Euroislam etabliert, ist der Bau von Moscheen und Minaretten abzulehnen. Moscheen werden vielfach direkt von den arabischen Golfstaaten oder der Türkei finanziert. Häufig wird hier eine islamische Landnahme befeuert und forciert. Die Predigten sind dabei häufig nicht mit dem europäischen Recht und den allgemeinen Menschenrechten vereinbar.

- **Bildungspflicht vor Religion:** Teil der Schulpflicht ist es an außerschulischen Sportangeboten, Lehrausflügen und anderen Schulangeboten teilzunehmen. Vielfach wird besonders Mädchen aus islamischen Familien die Teilnahme an diesen Veranstaltungen verboten. Dies ist einer wirklichen Integration nicht förderlich. Zudem gilt es in öffentlichen Mensabetrieben nicht die allgemeinen Speisepläne umzukrempeln.
- **Kopftuch und Burka:** Kopftuch und Burka sind nicht Zeichen der weiblichen Selbstbestimmung, sondern sind häufig Zeichen der Unterdrückung und Kontrolle der Frau und manifestieren eine Parallelgesellschaft. Daher fordern wir ein Kopftuchverbot in allen öffentlichen Ämtern und Institutionen sowie ein Burkaverbot im öffentlichen Raum.

GRUNDRECHT AUF SICHERHEIT

Die öffentliche Sicherheit in Südtirol hat sich in den letzten Jahren zusehends verschlechtert. Dabei handelt es sich keineswegs nur um ein subjektives Gefühl einzelner besorgter Bürger, sondern ist durch belastbare Indikatoren in den Kriminalitätsstatistiken belegt. Die Zuwanderung der letzten Jahrzehnte hat einen entscheidenden Anteil an der verschärften Sicherheitslage im Land. Laut den jüngsten Erhebungen des Landesinstituts für Statistik waren rund die Hälfte aller von der Polizei angezeigten, angehaltenen oder festgenommen Tatverdächtigen ausländische Staatsbürger, was gemessen an deren Anteil an der Gesamtbevölkerung eine drastische Überrepräsentation deutlich macht. Auch wenn Südtirols Handlungsspielraum aufgrund der beim Staat liegenden Zuständigkeit im Bereich der Sicherheit begrenzt ist: Südtirol muss sämtliche Kompetenzen voll ausschöpfen und in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Sicherheitsbehörden aktiv dazu beitragen, das Sicherheitsproblem im Land zu entschärfen.

UNSERE ZIELE:

- **Einrichtung einer ständigen Konferenz für öffentliche Sicherheit:** Südtirols Handlungsspielraum im Bereich der öffentlichen Sicherheit ist aufgrund der beim Staat liegenden Zuständigkeit überschaubar. Um ein Mehr an Sicherheit zu erreichen, sind eine bessere Koordination der Sicherheitskräfte, ein optimaler Ressourceneinsatz und die bestmögliche Nutzung von Synergieeffekten zwischen den verschiedenen Sicherheitsorganen auf Gemeinde-, Landes- und Staatsebene notwendig. Anstelle der bisher nur unregelmäßig stattfindenden Treffen zwischen dem Landeshauptmann und den Vertretern der Sicherheitsorgane im Regierungskommissariat muss eine ständige Konferenz für Fragen der öffentlichen Sicherheit eingerichtet werden, die einmal monatlich tagt und bei dem Vertreter aller Sicherheits- und Rechtsorgane sowie Vertreter der Politik und Gesellschaft teilnehmen.
- **Investitionszuschuss für Sicherheitstechnik:** Die Bevölkerung muss beim Schutz ihrer eigenen vier Wände vor Einbruch unterstützt werden, indem das Land über eine Förderung einen finanziellen Anreiz zur Installation oder Nachrüstung der Wohnungen von einbruchshemmenden Türen, Fenstern oder Garagentoren sowie der Anbringung von Alarmanlagen und Sicherheitskameras schafft.
- **Einrichtung eines Südtiroler Einbruchsradars:** In Zusammenarbeit mit den lokalen Polizeieinheiten müssen die Bürger über eine digitale Übersichtskarte fortlaufend über das aktuelle Einbruchsgeschehen im engsten Umfeld informiert werden, um Wachsamkeit und Prävention zu stärken und die Bevölkerung mit einem modernen Ansatz für das Thema Einbruchsdiebstahl zu sensibilisieren. Aus Datenschutzgründen werden die betroffenen Stadtviertel angegeben, die genauen Hausnummern sind nicht erkennbar.

- **Ausbau und Modernisierung der öffentlichen Videoüberwachung:** Videoüberwachungsanlagen an neuralgischen Punkten sorgen für ein erhöhtes Sicherheitsgefühl der Bürger, dienen durch ihre abschreckende Wirkung der Gewalt- und Kriminalitätsprävention und führen zu einer nachweislich höheren Aufklärungsrate von Straftaten. Bereits bestehende, technisch in die Jahre gekommene Systeme müssen Schritt für Schritt durch moderne Anlagen ersetzt werden.
- **Ausbau intelligenter öffentlicher Beleuchtungssysteme:** Eine gute Beleuchtung von Straßen, Plätzen, Gehwegen und Parkanlagen in den Abend- und Nachstunden verbessert nachweislich das Sicherheitsgefühl der Bürger und schreckt potenzielle Straftäter und Kriminelle ab, die häufig den Schutz der Dunkelheit für ihre Taten nutzen. Moderne Beleuchtungssysteme mit integrierter Sensortechnik sorgen dafür, dass die Beleuchtung nur bei Bedarf eingeschaltet wird, was dabei hilft die Umweltbelastung durch Lichtverschmutzung gering zu halten und gleichzeitig Energie zu sparen.
- **Ausstattung von Ordnungs- und Sicherheitskräften mit „Tasern“:** Elektroschockpistolen sind eine gute Ergänzung zu Schlagstock, Pfefferspray und Schusswaffe und dienen dem besseren Schutz von Polizeibeamten und bedrohten Personen und ermöglichen es, Angreifer schnell und effektiv kampfunfähig zu machen, ohne ihnen dauerhaften körperlichen Schaden zuzufügen.
- **Ausstattung von Ordnungs- und Sicherheitskräften mit „Bodycams“:** Körperkameras werden an der Uniform des Einsatzkräfte befestigt und nur im Ernstfall vom Standby- in den Aufzeichnungsmodus geschaltet. Sie haben erwiesenermaßen eine präventiv abschreckende Wirkung, die Straf- und Gewalttaten vorbeugt. Neben dem Schutz vor gewaltsamen Übergriffen dienen die Aufnahmen der Körperkameras auch dazu, falsche Anschuldigungen gegen Beamte zu entkräften und kommen vermehrt als digitales Beweismittel bei Strafprozessen zum Einsatz.
- **Aufklärung und Prävention:** Der Kriminalprävention kommt dabei vor allem die Aufgabe zu, die Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten des Selbstschutzes aufzuklären. Das Land Südtirol muss in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Polizeiorganen, Vereinen, Einrichtungen und privaten Anbietern den Bürgern Schulungs- und Aufklärungskurse – beispielsweise zu den Themenbereichen Notfallmanagement, Betrugsbekämpfung (insbesondere gegenüber älteren Menschen), Erste Hilfe, Suchtbekämpfung, Anti-Stalking und Internetkriminalität – anbieten. Das Angebot muss Teil einer größer angelegten Kampagne zur Kriminalprävention sein und mit entsprechend ausreichenden finanziellen Mitteln unterstützt werden.
- **Einrichtung einer Landespolizei:** Die Sicherheit im Land muss zur primären Zuständigkeit Südtirols werden. Deshalb streben wir eine eigene Landespolizei an, welche die Kompetenzen der staatlichen Polizeiorgane übernimmt.

MACHT BRAUCHT KONTROLLE

Südtirol hat in Sachen Demokratie in vielen Bereichen dringenden Aufholbedarf. Noch immer profitieren einige wenige von der Nähe zur mächtigen Langzeit-Regierungspartei SVP, was der Parteibuchwirtschaft und dem Postenschacher in der Verwaltung Vorschub leistet. Gleichzeitig lassen viele Berufsverbände und Vereine aber auch Südtirols Medienlandschaft oft den politischen Pluralismus und die notwendige Distanz zur Landesregierung vermissen. Wir stehen für eine konsequente Demokratisierung unseres Gemeinwesens im Sinne der Überparteilichkeit und Transparenz uns machen uns für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie stark.

UNSERE ZIELE:

- **Corona-Aufarbeitung:** Die Corona-Politik der Südtiroler Landesregierung hatte gemeinsam mit den staatlichen Bestimmungen einschneidende Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Viele Maßnahmen brachten eine Einschränkung der Bürgerrechte mit sich und waren in Bezug auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz mehr als fraglich. Sie müssen von einer unabhängigen Kommission einer ehrlichen, umfassenden und transparenten Aufarbeitung und einer schonungslosen Fehleranalyse unterzogen werden, um die Verantwortlichkeiten zu klären das verloren gegangene Vertrauen der Bürger in politische Entscheidungsprozesse wiederherzustellen.
- **Überparteilichkeit von Vereinen und Verbände:** Sowohl Berufsverbände als auch ehrenamtliche Vereine sind keine Vorfeldorganisationen der SVP und haben sich parteipolitisch neutral zu halten. Sie werden mit Beiträgen, die von allen Steuerzahlern – unabhängig ihrer politischen Anschauungen – mitfinanziert und dürfen sich deshalb nicht zugunsten einer politischen Partei positionieren.
- **RAI-Rundfunkbeirat einrichten:** Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist per Gesetz zu einer umfassenden, vielfältigen und objektiven Berichterstattung über politische und gesellschaftliche Themen verpflichtet. Die Sender „Rai Südtirol“ und „Rai Ladinia“ werden vom Land und über die direkten Abgaben der Bürger jährlich mit insgesamt rund 40 Millionen Euro finanziert. Mit der Einrichtung eines eigenen Südtiroler Rundfunkbeirates müssen die Übertragungen laufend monitort und auf die Einhaltung des gesetzlichen Sendeauftrages geprüft werden.
- **Stärkung der Direkten Demokratie:** Ausbau direkt-demokratischer Instrumente als Korrektiv zur Parteiendemokratie und dementsprechende Überarbeitung des Landesgesetzes zur Direkten Demokratie und Partizipation.
- **Transparenz-Garantie bei der Vergabe von Führungspositionen:** Die Postenvergabe muss endlich entpolitisiert werden! Was kann ich und nicht wen kenn ich, muss das alleinige Kriterium bei der Vergabe von Verwaltungs- und Aufsichtsratsposten sein.

- **Undemokratische Geschlechterquoten abschaffen:** Quoten sind leistungsfeindlich, diskriminierend und widersprechen dem Demokratieprinzip. Die aktive Teilhabe am Gemeinwesen sollte ausschließlich aufgrund von Kompetenz und fachlicher Qualifikation ermöglicht werden, ohne dass das Geschlecht als Kriterium dient. Wir lehnen die vorhandenen Frauenquoten in politischen Gremien und in allen Gremien der öffentlichen Körperschaften ab und setzen uns für deren Abschaffung ein.

WOHNEN WIEDER LEISTBAR MACHEN

Angefangen bei den Grundstückspreisen über die Wohnungsmieten, den Kauf, Neubau oder die Sanierung eines Eigenheims: Wohnraum und Bauen ist in Südtirol besonders teuer. Immer mehr Südtiroler sind der finanziellen Belastung durch die hohen Miet- und Kaufpreise nicht mehr gewachsen, denn im Vergleich mit vielen anderen Regionen Italiens weist Südtirol zwar ein höheres Pro-Kopf-Einkommen auf, doch längst stehen die hierzulande ausbezahlten Gehälter in einem bedenklichen Missverhältnis zu den effektiven Lebenshaltungskosten. Besonders für junge Menschen und Familien ist es schwierig geworden sich aus eigener Kraft ein Eigenheim zu leisten. Nur wer Glück hat, kann auf die Hilfe der Eltern in Form von finanziellen Zuwendungen oder auf ein entsprechendes Erbe zählen.

Wenn wir wollen, dass Südtirol auch für unsere Jugend als Lebensmittelpunkt attraktiv bleibt und wir im europäischen Wettbewerb um gut ausgebildete und systemrelevante Arbeitskräfte bestehen wollen, müssen wir mit vollem Einsatz an den besten Lösungen für bezahlbares und zeitgemäßes Wohnen arbeiten.

UNSERE ZIELE:

- **Mittelstand unterstützen:** Mittelfristig muss das gesamte derzeitige Fördersystem im sozialen Wohnraum auf den Prüfstand, da immer weniger Familien von den Unterstützungsleistungen profitieren.
- **Baudichte erhöhen, preiswerten Wohnraum schaffen:** Die Gemeinden müssen gezielt die Möglichkeit nutzen, die Baudichte innerhalb der Siedlungsgrenzen zu erhöhen, um günstigen Wohnraum für Südtiroler zu schaffen. Beispielsweise müssen Grundeigentümer, die dazu verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil der Fläche für Wohnungen mit Preisbindung an Ansässige zu vergeben, im Gegenzug von einer höheren Baudichte und folglich mehr Wohnungen profitieren.
- **Mehr Mietwohnungen – Stärkung des freien Wohnungsmarktes:** Es sind mehr Anreize für die Vermietung von Zweitwohnungen und leerstehenden Wohnungen zu schaffen sowie mehr Flächen für den Bau von Mietwohnungen wiederzugewinnen und auszuweisen.
- **WOBİ-Wohnungen – Südtiroler zuerst:** Die Zuweisungskriterien für Sozialwohnungen müssen dahingehend angepasst werden, dass der Anteil der an Nicht-EU-Bürgern zugewiesenen Wohnungen dem Anteil von Nicht-EU-Bürgern an der Gesamtbevölkerung entspricht. Der geförderte Wohnbau in Südtirol darf nicht länger ein Magnet für Sozialtourismus sein und die Benachteiligung von Südtirolern muss aufhören.
- **Räumungsverfahren – Vermietern den Rücken stärken:** Vermieter brauchen Rechtssicherheit. Daher fordern wir die längst überfällige Aufstockung des zuständigen Verwaltungspersonal der

Justiz, um Räumungsverfahren deutlich schneller abwickeln zu können und Vermieter vor Mietprellern und -nomaden zu schützen.

- **Wiedergewinnung von vorhandener Bausubstanz:** Die Wiedergewinnung von vorhandener und oftmals historischer Bausubstanz in den Dorfzentren und Städten muss bei der Bautätigkeit und Wohnbauförderung des Landes deutlich stärker berücksichtigt werden. Wohnraum für das Südtiroler Wohnbauinstitut sowie für den geförderten und freien Wohnbau muss gezielt durch die Wiedergewinnung bereits vorhandener Kubatur oder durch deren Ausbau und Ersetzung gewonnen werden.
- **„Sorgloses Vermieten“ – Aktivierung von leerstehendem Wohnraum:** Um Vermieter vor Mietausfällen zu schützen, unterzeichnet das Institut für sozialen Wohnbau nach Prüfung der Wohnung den Mietvertrag mit und bürgt damit für die Zahlung. Als Gegenleistung für diese Sicherheit fließt ein Teil der Miete an das Institut zurück.
- **Altersgerecht statt lebenslänglich wohnen:** Es müssen Anreize geschaffen und neue Wohnmodelle initiiert werden, welche es älteren Menschen ermöglicht, einen für sie komfortablen und barrierefreien Wohnraum zu beziehen. Gleichzeitig würden jüngere Menschen und Familien vom freigewordenen Wohnraum profitieren.
- **Überarbeitung der hohen Baustandards:** Wir fordern eine Überprüfung der oft überhöhten Baustandards unter den Gesichtspunkten der Sinnhaftigkeit, Kostenintensität und des Bürokratieaufwands und einer nachfolgenden Anpassung derselben. Die Schaffung von Wohnraum darf nicht länger durch einen munter wuchernden Dschungel an Vorschriften erschwert und verteuert werden.
- **Vermieten belohnen statt Leerstand bestrafen:** Die Gemeindeimmobiliensteuer muss als Steuerungsinstrument genutzt werden, um die tausenden leerstehenden Wohnungen im Land vermehrt dem Mietmarkt zuzuführen. Die Bestrafung von Leerstand über einen höheren Steuersatz animiert viele Wohnungsbesitzer dazu, Schlupflöcher wie beispielsweise die kostenlose Nutzungsleihe an Verwandte zu nutzen, um sich der erhöhten Steuerpflicht zu entziehen. Vielmehr muss der Fokus deshalb auf der Belohnung von Vermietung liegen.
- **Günstige Darlehen für den Kauf- und Bau der Erstwohnung:** Ähnlich den bisherigen Wirtschaftsförderungen und Vorschusszahlungen auf Steuerabsatzbeträge über den Rotationsfonds müssen Landesmittel für zinsverbilligte Darlehen zur Finanzierung der Erstwohnung in Form des Hausbaus, Hauskaufs oder Wohnungskaufs bereitgestellt werden.
- **Klare Regeln im Landesraumordnungsgesetz ohne Anlassgesetzgebung:** Das Gesetz „Raum und Landschaft“ ist nach wie vor eine politische Baustelle, die nicht weiterhin zum Andockpunkt einer Anlassgesetzgebung werden darf. Es braucht deshalb ein klares, verbindliches Gesetz, das für alle gleichermaßen gilt und keine Spielräume für findige Spekulanten eröffnet.

FAMILIEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

Den Familien muss als Keimzelle unserer Gesellschaft vonseiten der politischen Entscheidungsträger ein besonderer Stellenwert zugerechnet werden. Ziel einer verantwortungsvollen und zukunftsgerichteten Politik muss es sein, das Wohl unserer Familien in den Mittelpunkt zu stellen. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist es den Eltern eine Familienplanung frei von monetären Zwängen zu ermöglichen. Kein einziger Kinderwunsch in Südtirol soll von Geld- und Existenzsorgen beeinträchtigt sein oder gar an ihnen scheitern. Über den Ausbau von familien- und vereinbarkeitsfördernden Maßnahmen muss eine Willkommenskultur für Kinder und Familien entstehen.

UNSERE ZIELE:

- **Finanziell gedeckte Wahlfreiheit:** Frauen muss eine echte und damit finanziell gedeckte Wahlfreiheit zwischen Kindererziehung und Erwerbstätigkeit ermöglicht werden, indem die öffentliche Hand die Rentenversicherung für die Erziehungsjahre übernimmt. Jene Ressourcen und finanzielle Unterstützungen, die den Tagesstätten oder ähnlichen Einrichtungen seitens der öffentlichen Hand zugutekommen, müssen im gleichen Umfang den Eltern zur Verfügung stehen, die zuhause die Kinder betreuen und erziehen.
- **Mutterschaft:** Frauen sollen nach der obligatorischen Mutterschaft auch beim fakultativen Mutterschaftsurlaub denselben Lohn erhalten wie bei der obligatorischen. Außerdem muss es in Sachen Elternzeit und Kinderbetreuung eine Annäherung zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst geben.
- **Landesfamilien- und Landeskindergeld an die Inflation anpassen:** Der Staat Italien hat das einheitlichen Familiengeld („assegno unico“) im Frühjahr an die Inflation angepasst. Das Land Südtirol muss bei seinen Unterstützungsleistungen nachziehen.
- **Kindergeld einkommensunabhängig gestalten:** Jedes Kind muss gleich viel wert sein. Einkommensbeschränkungen beim Kindergeld der ersten drei Jahre sind abzuschaffen.
- **Einführung eines Familienschecks:** Die Auszahlung des Landesfamilien- und Kindergeldes ist keine Garantie dafür, dass die Beiträge auch effektiv den Kindern zugutekommen. Durch einen Familienscheck mit Gutscheinsystem können mehrere Fördermaßnahmen – wie etwa für Lernmaterialien, Nachhilfestunden, Sprachwochen, Skikurse, Zahnspangen, Sportausrüstungen etc. – zusammengefasst und deren Treffsicherheit garantiert werden.

- **Öffnungszeiten von Kindergärten an die Grundschule anpassen:** Bei Bedarf kann die Betreuung der Kinder am Nachmittag auch von anderen pädagogischen Anbietern in der öffentlichen Struktur angeboten werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- **Ganztageskindergarten und -schule:** Die Ganztagesesschule bzw. der Ganztageskindergarten sollen nur dort angeboten werden, wo der Bedarf nachweisbar besteht. Bei einem arbeitstätigen Alleinerzieher bzw. im Falle von Eltern, die beide berufstätig sind, ist dieser Bedarf zweifelsohne gegeben. Damit Missbrauch vermieden wird, müssen Antragssteller den Bedarf mit einem Anstellungsnachweis belegen.
- **Gesamtkonzept für die Sommerbetreuung:** Besonders alleinerziehende Eltern oder Familien in denen beide Elternteile berufstätig sind, brauchen eine Garantie auf eine funktionierende, flächendeckende und möglichst kontinuierliche Sommerbetreuung zu einem sozial verträglichen Preis für Kinder aller Alterskategorien. Das Land muss in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, privaten, ehrenamtlichen und öffentlichen Trägern Stärken und Schwächen des derzeitigen Betreuungsangebotes erheben und aus den Ergebnissen ein Gesamtkonzept ausarbeiten.
- **Kosten der Kitas senken:** Die Tarife der Kindertagesstätten (Kitas) sollen an jene der Kindergärten angeglichen werden.
- **Familiensplitting einführen:** Mit der Besteuerungsmethode des Familiensplittings wird das Einkommen der gesamten Familie zusammengerechnet und auf die einzelnen Familienmitglieder aufgeteilt. Damit würde vor allem der seit Jahren vom sozialen Abstieg bedrohte Mittelstand sowie Mehrkindfamilien entlastet.

WIRTSCHAFTSSTANDORT STÄRKEN

Südtirol ist ein wirtschaftlich starkes Land, doch das Wachstum und die Innovationskraft unserer Betriebe leidet an der hohen Steuerlast und an überbordender Bürokratie, die wie ein Hemmschuh wirken. Die Landesregierung hat es in den vergangenen Jahrzehnten verabsäumt, die Steuer- und Finanzhoheit in Rom konsequent einzufordern. Doch erst wenn man Einnahmen- und Ausgaben-seite kontrolliert, ist echte Wirtschaftspolitik möglich. Hinzu kommt das Problem einer mangelnden Rechtssicherheit, die durch rekordverdächtig lange Verfahrensdauern und an einem Dschungel aus sich widersprechenden Gesetzen in allen erdenklichen Bereichen nicht gewährleistet ist.

Eine Befreiung der heimischen Wirtschaft von der hohen Steuerlast und Entfesselung von belastender Bürokratie ist von entscheidender Bedeutung, um den Wirtschaftsstandort Südtirol langfristig attraktiv und wettbewerbsfähig zu halten.

UNSERE ZIELE:

- **Primäre Finanz- und Steuerhoheit:** Um unsere Wirtschaftspolitik effizient, nachhaltig, zukunftsfähig und im Sinne unserer heimischen Unternehmen gestalten zu können, muss Südtirol die Einnahmen- und Ausgabenseite selbst kontrollieren können.
- **Reduzierung der IRAP:** Die IRAP ist eine der wenigen Steuern, die Südtirol selbst gestalten kann. Es gilt alle Möglichkeiten für die Senkung lokaler Steuern voll auszunutzen, um unsere Unternehmen zu entlasten und damit Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.
- **Regionalen IRPEF-Zuschlag abschaffen:** Der regionale IRPEF-Zuschlag ist die einzige Einkommenssteuer, bei der das Land Gestaltungsspielraum hat. Wir fordern dessen gänzliche Abschaffung, um Bürger zu entlasten und Liquidität zu schaffen, die dem lokalen Wirtschaftskreislauf zugutekommt.
- **„Bürokratiekontrolle“ von Landesgesetzen:** Bestehende und neue Landesgesetze im Wirtschaftsbereich müssen darauf überprüft werden, ob die darin vorgesehen Kontrollen und Auflagen noch zeitgemäß sind, um überholte und unnütze bürokratische Auflagen zu beseitigen und neue zu verhindern.
- **Vergnügungssteuer und Urheberrechte:** Wir fordern die Abschaffung der Vergnügungssteuer und eine Übertragung der SIAE zum Schutz der Autorenrechte auf Südtirol. Die Abgaben für Autorenrechte für Südtirols Betriebe und Vereine müssen gestrichen werden, wenn sie beispielsweise in Geschäften, Bars etc. Hintergrundmusik abspielen. Die Autorenrechte für Veranstaltungen sind ebenso zu senken, genauso die ENPALS-Abgaben für nebenberufliche Musiker und Künstler und Gruppen der Volkskultur.

- **Treibstoffpreise deckeln:** Laut staatlicher Gesetzgebung haben alle italienischen Provinzen die Möglichkeit, eigenständig eine Senkung der Treibstoffpreise vorzunehmen. Ähnlich wie in den grenznahen Gemeinden, in denen die Landesregierung die Spritpreise zur Eindämmung des Tanktourismus ins nördliche Ausland bereits seit Jahren reduziert, müssen die Preise für Benzin und Diesel in ganz Südtirol gedeckelt werden. Der vorhandene gesetzgeberischen Spielraum muss endlich ausgenutzt und die Bürger an der Zapfsäule spürbar entlastet werden.
- **Unsoziale Diesel-Fahrverbote aufheben:** Die positive Wirkung von Diesel-Fahrverboten auf die Luftqualität ist wissenschaftlich nur mangelhaft belegt, stellt einen völlig unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte von Privatpersonen und Gewerbetreibenden dar und kommt einer kalten Enteignung von tausenden Autofahrern gleich. Alle bereits gültigen und geplanten Diesel-Fahrverbote gehören abgeschafft.
- **Unterstützung durch die Universität Bozen:** Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Uni Bozen muss von einer italienischen Allwelts-BWL-Fakultät in ein Kompetenzzentrum für den Deutsch-Italienischen Geschäftsverkehr umgewandelt werden, welches die Brückenfunktion Südtirols wissenschaftlich begleitet.
- **Öffentliche Auftragsvergabe – heimische Betriebe stärken:** Durch ein zielgerichtetes und koordiniertes Vorgehen von Politik und Verwaltung müssen die Spielräume der öffentlichen Auftragsvergabe im Sinne von mehr Regionalität und Kleinunternehmerfreundlichkeit besser genutzt werden. Beispielsweise müssen Ausschreibungen vermehrt nach Gewerken und in kleineren Losen erfolgen und die Schwelle zur Direktvergabe angehoben werden.
- **Arbeit ab 14:** Das Mindestalter für einen Arbeitsvertrag muss von derzeit 16 auf künftig 14 Jahre herabgesetzt werden, um unserer Jugend die Möglichkeit zu geben, bereits früher Erfahrungen am Arbeitsmarkt zu sammeln und bei der beruflichen Orientierung zu unterstützen.

BRÜCKENFUNKTION & RECHTSSICHERHEIT STÄRKEN

- **Verwaltungsgericht zweiter Instanz in Südtirol:** Die Verfahrensdauer beim römischen Staatsrat ist überlang und unser Südtiroler Verwaltungsrecht wird häufig missachtet. Deshalb ist ein eigenes Verwaltungsgericht zweiter Instanz in Bozen einzurichten, nach dem Vorbild des „Consiglio di giustizia amministrativa“ in Sizilien. Damit würden zweitinstanzliche Urteile in deutscher Sprache möglich und die besondere Zusammensetzung des Verwaltungsgerichts Bozen (paritätische Vertretung der Volksgruppen) respektiert.

- **Mehr Richter für Südtirol:** Die italienische Rechtsverweigerung durch überlange Verfahrensdauern ist auch ein Personalproblem: In Italien gibt es einem Bericht der Europäischen Kommission für die Effizienz der Justiz (CEPEJ) zufolge nur 11 Richter pro 100.000 Einwohner, während es in Österreich 20 pro 100.000 Einwohner sind. Mit der Übernahme des Gerichtspersonals hat es Südtirol selbst in der Hand, den ewigen Verfahrensdauern den Kampf anzusagen. Mehr Richter, mehr Verwaltungspersonal, mehr Übersetzer und mehr Ressourcen sind eine gute und notwendige Investition.
- **Internationales Schiedsgericht:** Das Schiedsgericht der Handelskammer Bozen muss als internationales deutsch-italienisches Schiedsgericht aufgewertet werden. Zudem muss an einem Kompetenzaufbau der beteiligten Dienstleister (Anwälte, Sachverständige) gearbeitet werden.
- **Eigenes Handelsgericht für Südtirol:** Das Landesgericht Bozen muss eine eigene Zuständigkeit als Handelsgericht („Tribunale delle imprese“) bekommen. Damit würde auch die zweisprachige Abwicklung von Verfahren garantiert. Dasselbe gilt für das geistige Eigentum: Statt der „Sezione specializzata per la proprietà industriale ed intellettuale“ am Landesgericht Venedig, soll das Landesgericht Bozen für die Südtiroler Fälle zuständig sein.
- **Internationale Vernetzung:** Die Handelskammer soll eine Außenstelle in München und in Innsbruck errichten, Informationen für Südtiroler vom österreichischen und deutschen Markt sammeln und dort eine Anlaufstelle für Unternehmen sein, die in Südtirol und Italien geschäftlich tätig werden wollen.
- **Öffnungszeiten von Kindergärten an die Grundschule anpassen:** Bei Bedarf kann die Betreuung der Kinder am Nachmittag auch von anderen pädagogischen Anbietern in der öffentlichen Struktur angeboten werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- **Ganztageskindergarten und -schule:** Die Ganztageschule bzw. der Ganztageskindergarten sollen nur dort angeboten werden, wo der Bedarf nachweisbar besteht. Bei einem arbeitstätigen Alleinerzieher bzw. im Falle von Eltern, die beide berufstätig sind, ist dieser Bedarf zweifelsohne gegeben. Damit Missbrauch vermieden wird, müssen Antragssteller den Bedarf mit einem Anstellungsnachweis belegen.
- **Gesamtkonzept für die Sommerbetreuung:** Besonders alleinerziehende Eltern oder Familien in denen beide Elternteile berufstätig sind, brauchen eine Garantie auf eine funktionierende, flächendeckende und möglichst kontinuierliche Sommerbetreuung zu einem sozial verträglichen Preis für Kinder aller Alterskategorien. Das Land muss in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, privaten, ehrenamtlichen und öffentlichen Trägern Stärken und Schwächen des derzeitigen Betreuungsangebotes erheben und aus den Ergebnissen ein Gesamtkonzept ausarbeiten.

GESUNDHEIT IM FOKUS

Verglichen mit anderen Sanitätseinrichtungen gilt Südtirols Gesundheitsbetrieb sogar in Italien als Schlusslicht: Ärztemangel, überlange Wartezeiten auf Facharztvisiten, Schließung bzw. nicht Nachbesetzung einzelner Abteilungen, überbordende Bürokratie und die fehlende Vernetzung sorgen in Summe für einen schlechten Betreuungsstandard.

Eine strategische Neuausrichtung mit innovativen Lösungen in der Personalpolitik, einer Anpassung der Entlohnung sowie Arbeitszeiten an den europäischen Schnitt und einer Entbürokratisierungs- und Digitalisierungsoffensive sind mehr als notwendig, um den verstaubten Sanitätsbereich in Südtirol zukunftsfit zu machen und den Bürgern eine bestmögliche medizinische Vorsorge und Versorgung zu bieten.

UNSERE ZIELE:

- **Stärkere Zusammenarbeit mit privaten Anbietern:** Um die öffentlichen Einrichtungen zu entlasten, muss eine enge Zusammenarbeit mit privaten Einrichtungen gefördert werden. Dadurch können Krankenhaus-Ambulanzen entlastet, OP- und Ambulanz-Wartezeiten reduziert und die freie und persönliche Arztwahl gestärkt werden.
- **Wartezeiten für Facharztvisiten verkürzen:** Das Südtiroler Gesundheitssystem leidet an unzumutbar langen Wartezeiten. Trotz der Einführung des landesweiten Vormerksystems (CUP) konnten die Wartezeiten nicht verkürzt werden, sondern wurden länger. Um Wartezeiten abzubauen, müssen Patienten die Möglichkeit erhalten, auf einen privaten Anbieter auszuweichen und die dadurch entstandenen Kosten rückvergütet zu bekommen.
- **Wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichern:** Unsere Spitäler in der Peripherie dürfen keinem blinden Spar- und Zentralisierungswahn geopfert werden. Die alleinige Konzentration wesentlicher fachärztlicher Dienstleistungen auf Bozen untergräbt die ärztliche Nahversorgung vor Ort und leistet Chaos und langen Wartezeiten Vorschub.
- **Stärkung der Gesundheitsprengel:** Es braucht mehr Personal wie Krankenschwestern und Hebammen, um wohnortnahe Gesundheitsvorsorge erbringen zu können und die Krankenhäuser zu entlasten. Ein attraktiver Arbeitsplatz, der bei fairen Löhnen beginnt und Karriereperspektiven eröffnet, ist dazu die Grundvoraussetzung.
- **Entlastung der Notaufnahmen:** Das Aufsuchen der Notaufnahme ist für akute Notfälle gedacht. Für Patienten, die ohne Dringlichkeit den Dienst der Notaufnahme in Anspruch nehmen, muss eine Kostenbeteiligung fällig werden.

- **Nur hochspezialisierte Fachdisziplinen zentralisieren:** Einzig überörtliche Abteilungen für hochspezialisierte Fachdisziplinen sind zentral gerechtfertigt. Alle anderen Leistungen können sowohl in den peripheren Krankenhäusern oder von niedergelassenen Fachärzten erbracht werden.
- **Vereinfachung der Anerkennung von ausländischen Studientiteln:** Bündelung aller Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Studientiteln bei einer einzigen Anlaufstelle. Wahrnehmung des Behördenweges nach Rom, der amtswegigen Übersetzung von Zeugnissen und der vollständigen Betreuung des antragstellenden Jungmediziners durch diese Anlaufstelle. In der Folge muss von Rom die Zuständigkeit für die Anerkennung von Studien- und Facharztstiteln, die in Österreich, Deutschland oder der Schweiz erworben wurden, eingefordert werden.
- **Rückkehr von Jungmedizinem fördern:** Bestehende bürokratische Hürden müssen abgebaut und Serviceleistungen verbessert werden, um Jungmediziner bereits im Studium nach Südtirol zu holen. Zudem sind Förderungen vorzusehen, um gerade im Anfangsstadium effektive Starthilfe zu leisten und eine Perspektive bieten zu können.
- **Einheitliches EDV-System einrichten:** Sämtliche Südtiroler Krankenhäuser müssen untereinander mit einem einheitlichen EDV-System vernetzt werden. Das bereits seit Jahren gut funktionierende EDV-System des Krankenhauses Bruneck kann als Vorbild für ganz Südtirol dienen. Schluss mit der Geld- und Zeitverschwendung durch verschiedene EDV-Systeme und teure externe Firmen und Berater.
- **Freie Arbeitsplatzwahl:** Pflege- und ärztliches Personal müssen ihre Abteilung und den Ort ihrer Tätigkeit im Rahmen eines Wettbewerbs grundsätzlich frei wählen können. Zentrale Zwangszuweisungen dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen. Durch die Einführung einer Stellentauschbörse soll dem Krankenhauspersonal die Möglichkeit einer internen Rotation geboten werden.
- **Vernetzung zwischen Hausärzten, Privatärzten und Gesundheitsbezirk:** Hausärzte und Privatärzte müssen Zugriff auf die Daten ihrer Patienten haben.
- **Entbürokratisierung der Hausarztausbildung:** Es braucht die automatische Anerkennung von im EU-Ausland – insbesondere Österreich und Deutschland – erworbenen Abschlüssen sowie die Anerkennung bereits erworbener Spezialisierungen sowie mehr Praxisnähe durch die Ausbildung vor Ort bei Hausärzten und weniger Lehraufenthalt in Krankenhäusern.
- **Entbürokratisierung der Tätigkeit:** Die Hausärzte müssen sich uneingeschränkt den Patienten widmen können. Elektronische Rechnungen, komplexe Abrechnungsverfahren und Formularunwesen gehören auf ein Minimum beschränkt.

- **Gemeinschaftspraxen:** Im Gesundheitswesen macht es Sinn Synergien zu nutzen und dort, wo es möglich ist, auf Gemeinschaftspraxen zu setzen. So können Strukturen gemeinsam von Allgemein- und Fachärzten genutzt werden, damit auch vor Ort eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung garantiert werden kann. Hausärzte und Gemeinden sind bei ihren Initiativen und Bestrebungen entsprechend seitens des Landes zu unterstützen.
- **Finanzielle Anreize schaffen:** Bei Umschulungen von Facharzt zu Hausarzt soll das bisher bezogene Facharzt-Gehalt zumindest zu einem Großteil weiter zuerkannt werden, um den Wechsel von bestens ausgebildeten Fachärzten in den Hausarztberuf zu fördern. Beste hausärztliche Versorgung vor Ort verringert zudem den Ansturm auf die Krankenhäuser und reduziert die Wartezeiten.
- **Beiträge für den Ankauf medizinischer Geräte:** Hausärzten sollen Zuschüsse für den Ankauf von medizinischen Geräten (EKG, Ultraschallgeräte) gewährt werden, damit diese Untersuchungen wohnortnah durchgeführt werden können. Auch dies entlastet die Krankenhäuser.
- **Stärkung der Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik und der Medizinischen Universität Innsbruck:** Die Medizinische Universität Innsbruck ist die wichtigste Ausbildungsstätte für angehende Südtiroler Ärzte. Gemeinsam mit der Universitätsklinik muss sie enger in das Südtiroler Gesundheitswesen eingebunden und Synergien besser genutzt werden.

PFLEGE BETRIFFT UNS ALLE

Personalmangel und chronische Überlastung, schlechte Bezahlung, fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine wenig praxistaugliche und langwierige Ausbildung und die mangelnde Zweisprachigkeit: Die Pflege in Südtirol krankt an vielen Stellen und sowohl Mitarbeiter als auch Betreute sind mit einer Fülle von Schwierigkeiten konfrontiert. Wegen des demographischen Wandels wird der Bedarf an Pflegekräften bis zum Jahr 2030 um bis zu 20 Prozent höher sein als heute. In Kombination mit der bevorstehenden Pensionierungswelle und dem Nachwuchsmangel drohen sich bestehende Engpässe weiter zu verschlimmern.

Um den drohenden Pflegenotstand abzuwenden, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in Südtirol zu garantieren und mehr Menschen für Pflegeberufe zu begeistern, müssen wir alles daransetzen, um die verschiedenen Berufsbilder im Pflegebereich aufzuwerten und den Standort für öffentliche und private Pflegekräfte attraktiver zu gestalten.

UNSERE ZIELE:

- **Deutliche Lohnniveau-Anhebung und Aufwertung des Pflegestandortes Südtirol:** Menschen, die sich für einen Beruf in der Pflege und Begleitung entscheiden, sind Multitalente. Der Wettbewerb um sie ist in ganz Europa sehr groß. Wenn unser Land bei diesem Wettbewerb um die Pflegekräfte eine Rolle spielen will, dann müssen endlich die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, aber auch kreative Begleitmaßnahmen für eine insgesamt Aufwertung des Pflegestandorts Südtirol sind zu setzen.
- **Flexiblere Aus- und Fortbildungsmodelle schaffen:** Ein starkes Angebot an Aus- und Fortbildungsmodellen sichert die Qualität in der Pflege und erleichtert gleichzeitig Quereinsteigern im Pflegebereich Fuß zu fassen. Das dreijährige Bachelorstudium erweist sich in vielen Fällen als Rekrutierungshindernis. Wir fordern daher die Wiedereinführung der Krankenpflegeausbildung, auch ohne Matura.
- **Anstellungsmodell für pflegende Angehörige:** Nach einer kurzen Grundausbildung sollen Personen bis zum dritten Verwandtschaftsgrad die Möglichkeit bekommen, ihre Angehörigen aus einem Angestelltenverhältnis heraus in Vollzeit zu Hause zu pflegen und damit auch sozialrechtlich und finanziell abgesichert zu sein.
- **Anpassung und Erhöhung der Pflegebeiträge:** Die derzeitigen Pflegebeiträge können in vielen Fällen die Ausgaben nicht decken. Nicht zuletzt aufgrund der Inflation sind auch die Ausgaben in der Pflege gestiegen und erfordern eine Anpassung der zur Verfügung stehenden Mittel. Deshalb müssen die Pflegebeiträge jährlich an die Inflation angepasst werden.

- **Digitalisierungs- und Innovationsoffensive:** Auch in der Pflege ist Kommunikation das Um und Auf eines funktionierenden Dienstes. Insbesondere die Digitalisierung kann die Kommunikation zwischen Ärzten und Pflegern oder den Zugriff und die Verarbeitung von Patienteninformationen erleichtern. Ein weiterer Aspekt ist der Einsatz von innovativen Hilfsmitteln, wie Therapierobotern oder Überwachungssystemen zum Schutz von Stürzen. Das Ziel einer jeglichen Digitalisierungs- und Innovationsoffensive muss es sein, dass die Pfleger ihre Zeit verstärkt den Patienten widmen können und hinsichtlich bürokratischer Abläufe entlastet werden. Jeder Ansatz muss auch im Sinne des Patientenwohls geschehen.
- **Reform der „Claudiana“:** Die Ausbildung für Pflegeberufe soll dezentral erfolgen und die Krankenhäuser im ländlichen Raum sollen dabei eingebunden werden. Nur dies gewährleistet eine Ausbildung, die nah beim Menschen ist und in der die deutsche Sprache nicht zu kurz kommt. Die Fachhochschule „Claudiana“ muss selbst Ausbildungsabschlüsse vergeben können und dabei eng mit der Medizinischen Universität Innsbruck zusammenarbeiten.

BILDUNGSQUALITÄT SICHERN: CHANCEN FÜR AUFSTIEG UND SELBSTBESTIMMUNG

Die Südtiroler Bildungspolitik ist das wesentlichste Instrument, um die Identität der drei autochthonen Volksgruppen zu wahren. Darüber hinaus sollen an unseren Bildungseinrichtungen Werte wie Freiheit, Toleranz, Kreativität und Selbstverantwortung vermitteln und unsere Kinder und Jugendlichen praxisnah auf das zukünftige Leben vorbereiten.

UNSERE ZIELE:

- **Schule in Südtiroler Hand:** Alle Schulkompetenzen (Verwaltung, Lehrerschaft und Lehrpläne) müssen in die primäre Zuständigkeit des Landes übergehen. Dies ist in anderen europäischen Minderheitengebieten seit Jahrzehnten Standard.
- **Ja zur muttersprachlichen Schule, Nein zu CLIL und gemischtsprachigen Schulen:** Die Aufrechterhaltung und Stärkung der muttersprachlichen Schule ist für den Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe in Italien unabdingbar. Experimente in diesem Bereich gefährden den Minderheitenschutz und damit unsere Autonomie.
- **Verschiedenheit als Chance begreifen:** Das deutsche und das italienische Schulsystem sind eine Chance, die Brückenfunktion Südtirols zwischen deutschem und italienischem Kulturraum auch im Schulwesen wahrzunehmen. Die Möglichkeit, zwischen den Schulsystemen zweier großer europäischer Kulturräume wählen zu können, ist ein Reichtum, den es zu schützen gilt. Die Idee einer gemischtsprachigen Schule lehnen wir ab.
- **Zweitsprache als Mehrwert:** An sämtlichen Schulen muss die jeweilige Zweitsprache mittels Fremdsprachendidaktik erfolgen, so wie es unter anderem beim Englischunterricht der Fall ist.
- **Gerechte Aufteilung der Ressourcen:** Wir fordern eine gerechte Aufteilung der finanziellen und personellen Ressourcen zwischen deutschen und italienischen Kindergärten und Schulen. Die Zahl der eingeschriebenen Kinder und Jugendlichen muss dabei ausschlaggebend sein.
- **Keine Zusammenlegung der Schulämter:** Wir lehnen die immer wieder diskutierte Zusammenlegung des deutschen, ladinischen und italienischen Schulamtes strikt ab. Die drei Schulsysteme sollen ihre Eigenart bewahren und dies soll auch durch eine entsprechende Verwaltungsstruktur widergespiegelt werden.

- **Vorrang für Muttersprache:** Unsere deutschen, ladinischen und italienischen Schulen und Kindergärten sollen dem Erhalt der Stärkung der Identität der jeweiligen Sprachgruppe dienen. Daher müssen Muttersprachler bei der Einschreibung Vorrang haben.
- **Deutsch- bzw. Italienischklassen vor Einschulung:** Ein gutes Bildungsniveau ist eine notwendige Voraussetzung, um sämtliche Integrationsbemühungen erfolgreich zu gestalten. Minderjährige Immigranten ohne Sprachkenntnisse verfügen oft nicht über die Voraussetzungen, um am Regelunterricht teilzunehmen. Eigene Sprachklassen müssen diese Defizite wirksam wettmachen und die Kinder auf die Teilnahme am Regelunterricht vorbereiten. Das Bildungsniveau darf nicht aufgrund einer hohen Anzahl von Schülern mit mangelnden Sprachkenntnissen gesenkt werden. Dies torpediert alle Bemühungen nach einem leistungsfähigen Bildungssystem, das den gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht.
- **Brennpunktschulen dürfen nicht zur Normalität werden:** Deshalb fordern wir verpflichtende Sprachnachweise, Schaffung von Sprachförderklassen, der Einbeziehung der Elternhäuser und einer Nulltoleranzpolitik gegenüber Gewalt und Drogen an den Schulen.
- **Ja zum Leistungsprinzip:** Wir befürworten eine stärkere Betonung des Leistungsprinzips und lehnen eine Nivellierung nach unten ab. Es darf nicht sein, dass jeder Schüler versetzt wird, auch wenn er die erforderlichen Kompetenzen nicht erlangt hat.
- **Ja zur Ziffernote und zur Notenskala von 1-10:** Wir sehen in der Aufgabe des bewährten Ziffernotensystems eine Nivellierung nach unten. Die Notenskala von 1-10 ermöglicht die direkte Vergleichbarkeit der Leistungen der Schüler und vermittelt den notwendigen Leistungsgedanken.
- **Ideologiefreier Unterricht:** Schulen dienen der Wissensvermittlung und sollen Kinder und Jugendliche fit für das Leben machen. Genderideologie, LGBT-Propaganda oder Klimahysterie haben in der Unterrichtszeit nichts verloren.
- **Nein zur Gendersprache in Bildung und Verwaltung:** Genderzeichen wie Binnen-Is, Sternchen, Doppelpunkte und Co. leisten keinen messbaren Beitrag zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Sie machen Texte leseunfreundlich, unverständlich und führen laufend zu grammatikalisch falschen Formen und absurden Verrenkungen der Sprache. Ihre Verwendung in Verwaltungstexten sowie in Schulbüchern und Lernmaterialien ist zu untersagen.
- **Studientitelanerkennung:** Wir fordern die unmittelbare Anerkennung der im Ausland erworbenen Studientitel durch das Land Südtirol. Die entsprechenden Kompetenzen sind von Rom konsequent einzufordern.
- **Schlüsselkompetenzen durch die Stärkung zukunftsweisender Lehrfächer:** Unsere Kinder und Jugendlichen sollen eine solide und praxisnahe Ausbildung in den Bereichen Rechts-, Wirtschaftskunde, sowie im Bereich der finanziellen Bildung erfahren. Daher müssen die, durch die SVP, vor

Jahren gekürzten bzw. abgeschafften Fächer wieder eingeführt bzw. potenziert werden. Genauso kommen den sog. MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik/Physik) eine besondere Bedeutung zu und auch dieser muss Rechnung getragen werden. Unsere heranwachsende Generation muss über das notwendige Rüstzeug für die sich schnell verändernden gesellschaftlichen Anforderungen (Stichworte: Industrie 4.0, Digitalisierung, Smart Technologies und KI-Anwendungen) mitgegeben werden. Darüber hinaus sind Kompetenzen in diesen Bereichen der Schlüssel zum Erfolg für die Forschung und Entwicklung in den genannten Zukunftsbereichen.

- **Sportunterricht ausbauen:** Regelmäßige körperliche Aktivität hat einen positiven Einfluss auf die Gesundheit und stärkt die Sozialkompetenz. Die Anzahl der Wochenstunden im Sportunterricht im Pflichtschulbereich soll erhöht und gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit mit Sportvereinen geschaffen werden.
- **Ladinische Schule:** Die Muttersprache von rund 20.000 Südtirolern ist Ladinisch. Das Erlernen und der Erhalt der ladinischen Sprache über den Schulunterricht hat in den Dolomitentälern eine sehr hohe kulturelle und soziale Bedeutung. Aufgrund seiner geringen Sprecheranzahl ist das Ladinische besonders schützenswert und in besonderem Maße zu fördern. Eine weitere Anerkennung des Ladinischen als Amtssprache in den ladinischen Tälern wäre ein wichtiger Schritt für den Schutz und die Minderheitenrechte der Dolomitenladiner.
- **Landesuniversität Innsbruck:** Wir erkennen die Landesuniversität Innsbruck und die Medizinische Universität Innsbruck als die wichtigsten Bildungsinstitutionen und als den geistig-kulturellen Referenzrahmen unseres Landes an. Das Südtiroler Bildungssystem soll deshalb auf die Landesuniversität Innsbruck ausgerichtet sein und in Südtirol sollen keine parallelen und konkurrierenden Hochschulangebote geschaffen werden.
- **Gesamttiroler Forschungskorridor:** Die Europäische Akademie (EURAC) und die Universität Bozen sollen im Rahmen eines Tiroler Forschungskorridors, auf dem Menschen und Ideen zirkulieren, mit der Landesuniversität Innsbruck kooperieren.
- **Universität Bozen:** An der dezidiert dreisprachigen Universität Bozen darf Deutsch keine Nebenrolle spielen.

KULTUR UND EHRENAMT

Südtirol ist gekennzeichnet durch eine sehr lebendige und vielfältige Kulturszene: es gibt eine städtisch und eine ländlich geprägte Kulturszene, es gibt die traditionelle und die moderne Volkskultur, es gibt Populär- und Hochkultur, gibt ehrenamtliche und professionelle Kulturträger und es gibt eine deutsche, italienische und ladinische Kultur.

Einen wesentlichen Teil der Kulturszene bilden unsere rund 4.500 ehrenamtlichen Vereine, in denen 150.000 Südtiroler aktiv tätig sind. Sie gilt es zu stärken und die negativen Auswirkungen der Reform des „Dritten Sektors“ wieder rückgängig zu machen.

UNSERE ZIELE:

- **Vielfältiges Ehrenamt autonomiepolitisch absichern:** Bei der Reform des „Dritten Sektors“ wurde es seitens der SVP verabsäumt unsere Vereine zu schützen. Die negativen Auswirkungen der Reform müssen rückgängig gemacht und das Südtiroler Ehrenamt mit einem eigenen Landesgesetz unabhängig von Rom verwaltet werden.
- **Rechtsschutz:** Die Verantwortungsträger in ehrenamtlichen Vereinen und Verbänden sollen ihre Tätigkeit ausüben können, ohne dabei den unverhältnismäßigen Rechtsrisiken ausgesetzt zu sein, die die italienische Bürokratie und Gesetzesflut mit sich bringen. Das Land soll für entsprechende Rechtsschutzversicherungen Sorge tragen.
- **Förderung des Vereinslebens:** Die ehrenamtlichen Vereine und Verbände Südtirols sind ein wesentlicher Pfeiler der Identität unserer Heimat und stärken den sozialen Zusammenhalt in unseren Gemeinden. Ihre finanzielle und ideelle Förderung muss ausgebaut werden.
- **Förderung einheimischer Künstler:** Moderne Kunst findet in Südtirol zu oft mit nur geringer öffentlicher Wahrnehmung statt. Wir müssen unsere einheimischen Künstler fördern und ihnen mehr Ausstellungsmöglichkeiten in Museen (u.a. „Museion“) bieten, anstatt diesen Raum nahezu ausschließlich auswärtigen Künstlern zu überlassen.
- **Künstler sozial absichern:** Unsere Künstler müssen abgesichert sein, um kreativ sein zu können. In Absprache mit den lokalen Pensionsfonds müssen Möglichkeiten einer Sozial- und Altersversicherung von Künstlern geprüft werden.
- **Zivilschutz stärken:** Der Bevölkerungsschutz betrifft uns alle im Land. Südtirol verfügt über einen guten Zivilschutz, viele Ehrenamtliche, die sich bei der Feuerwehr oder den Rettungsorganisationen engagieren und eine unverzichtbare Arbeit für unser Land leisten. Damit weiterhin dieser wertvolle Dienst gewährleistet werden kann, bedarf es der steten Investitionen öffentlicher Mittel. Besonders aufgrund der vielen Herausforderungen mit denen Südtirol konfrontiert ist, haben die wichtige Rolle der einzelnen Organisationen und der Infrastrukturen aufgezeigt.

- **Aufbau eines leistungsstarken Landeszivildienstes:** Das bestehende Angebot des freiwilligen Landeszivildienstes muss neben den klassischen sozialen Diensten auf weitere Tätigkeitsfelder in der Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung ausgebaut, aufgewertet und an konkrete Anreize – wie beispielsweise die Anerkennung für die Renten- bzw. Pensionsansprüche – geknüpft werden. Jugendlichen muss die Gelegenheit geboten werden, einen wertvollen Dienst für die Allgemeinheit bringen zu können und gleichzeitig wichtige Berufs- und Lebenserfahrung zu sammeln.

NATUR UND UMWELTSCHUTZ ALS CHANCE

Eine intakte Landschaft und der sensible Umgang mit unserer Umwelt sind keine Selbstverständlichkeit, sondern erfordern einen steten Einsatz. Der Erhalt unserer Natur- und Kulturlandschaft stellt einen der zentralen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben dar, die unser politisches Handeln als Freiheitliche bestimmen und steht im Zentrum einer verantwortungsvollen Politik für unsere Heimat. Eine gesunde Umwelt ist die unverbrüchliche Voraussetzung für unsere Lebensgrundlage in Südtirol. Es liegt an jedem einzelnen hierfür einen Beitrag zu leisten und dafür gilt es die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

UNSERE ZIELE:

- **Vernunftbasierter statt ideologierter Umwelt-, Natur- und Klimaschutz:** Wir sehen im Umweltschutz einen ständigen Prozess, der das Machbare auslotet, auf soziale Verträglichkeit setzt und neue Technologien als Teil der Lösung ansieht. Der Schutz der Umwelt und der Natur wird nicht durch blinden Aktionismus oder einem Ökodiktat gefördert, sondern durch vernünftige und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechende Maßnahmen.
- **Weniger Verbote, mehr Anreize schaffen:** Durch Verbote wird auch in Sachen Umweltschutz wenig erreicht. Darum setzen wir auf Anreize, die beispielsweise im Bereich der Mobilität durch den Ausbau und die Modernisierung der Nahverkehrsinfrastruktur den Umstieg vom PKW auf Zug, Bus und Fahrrad attraktiver machen.
- **Einzigartiges erhalten und schützen:** Unsere Landschaft ist Südtirols größtes Kapital, sowohl für Einheimische als auch für Gäste. Wir unterstützen den Erhalt und den Schutz von Naturdenkmälern, Biotopen und Naturparks, die ein einzigartiges Habitat für Tiere und Pflanzen bilden.
- **Rückgewinnung von Ressourcen:** Anstatt stets neue Rohstoffquellen zu erschließen, gilt es mittels moderner Technologien Rohstoffe zurückzugewinnen und neue Nutzungskreisläufe zu etablieren. Beispielsweise könnte der Ammoniak des Stickstoffdüngers in den Klärwerken rückgewonnen werden, um daraus Dünger herzustellen.
- **„Klimaplan 2040“ grundlegend überarbeiten:** Im „Klimaplan Südtirol 2040“ sind eine Vielzahl an übereifrigen und undurchdachten Maßnahmen vorgesehen, die – wie etwa am Beispiel des geplanten Verbots von Ölheizungen bei Neubauten – einen Eingriff ins Eigentum und eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung der Bürger mit sich bringen. Der Plan muss im Sinne eines sozialverträglichen, vernunftbasierten und innovativen Umweltschutzes grundlegend überarbeitet werden.

- **Mehr Sein, weniger Schein:** Die Ankündigungen und Versprechen der Landesregierung im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit stehen häufig im glatten Widerspruch zu ihrem Handeln. Südtirol braucht keine grüne Schaufensterpolitik mit sündteuren Nachhaltigkeitstagen und Hochglanzbroschüren, die ausschließlich der Selbstinszenierung dienen, sondern messbare und effiziente Fortschritte.
- **Kein Samen ist illegal:** Wir setzen uns dafür ein, die Arten- und Sortenvielfalt unserer Kulturpflanzen aktiv zu fördern und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die freie Vermehrung und die Weitergabe des Saatgutes von Lokal- und Erhaltungssorten zum Schutz der pflanzengenetischen Ressourcen Südtirols zu schaffen.
- **Saugbagger statt Stauraumspülung:** Bei Säuberung der Staubecken gelangen regelmäßig große Mengen an Feinsedimenten ins Fließgewässer, welche ein großes Fischsterben verursachen und andere ökologische Schäden anrichten. Wir fordern eine Verpflichtung der Kraftwerksbetreiber Saugbagger und andere umweltfreundliche Alternativen zu den klassischen Stauraumspülungen zum Abbau der Sedimente innerhalb des Stauraums einzusetzen.

VERANTWORTUNG FÜR UNSERE JUGEND

Eine zukunftsorientierte Jugendpolitik hat das Ziel, aufgeklärte, unabhängige und mündige Südtiroler heranzubilden. Die Grundvoraussetzung dafür ist die Ausstattung junger Menschen mit notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten, um in der Gesellschaft als charakterlich gefestigte und freie Individuen bestehen zu können. Entsprechend sind die Kindergärten und Schulen auszustatten sowie im täglichen Leben gute Rahmenbedingungen für ein lebenslanges Lernen zur Umsetzung der Ziele und Träume unserer Jugend zu ermöglichen. Dazu zählen auch die neuen Technologien, um zusammen mit der Jugend Schritte zu setzen, die im Einklang mit den Werten der Freiheit, der Menschenwürde und der Solidarität stehen.

Nicht zuletzt gilt es das ehrenamtliche Engagement der Jugendlichen zu würdigen, die sich in Vereinen, wie der Freiwilligen Feuerwehr, Rettungsorganisationen, Sportvereinen oder Jugendorganisationen einsetzen und damit einen wichtigen Beitrag für die gesamte Gesellschaft leisten.

UNSERE ZIELE:

- **Zukunftsorientierte Ausbildung:** Um in der heutigen Zeit Schritt zu halten, bedarf es einer Ausbildung, die sowohl die neuen Technologien und deren Anwendungsbereichen berücksichtigt als auch den notwendigen Praxisbezug in einer immer komplex werdenden Welt. Dies erfordert mutige Schritte in die Zukunft und Investitionen in ein modernes Bildungssystem, das insbesondere auch bei der Ausbildung von Lehrpersonen ansetzt.
- **Praxisnahes Lernen:** Ein an der Praxis orientiertes Lernen zahlt sich im späteren Berufsleben aus. Nicht nur Orientierungspraktika, sondern auch der Einstieg ins Arbeitsleben sollen mit der Vervollständigung des 14. Lebensjahres möglich sein. Vor allem auch der Sozialbereich bietet die unterschiedlichsten Möglichkeiten an, um von Anfang an wertvolle Erfahrungen sammeln zu können.
- **Stipendien und Studienbeihilfen an die Inflation anpassen:** Bildung darf zu keinem Privileg von Kindern aus wohlhabenderen Familien werden. Deshalb sind Stipendien und Studienbeihilfen in regelmäßigen Abständen an die Inflation anzupassen.
- **Förderung von Jungunternehmertum:** Wir möchten jungen Menschen ihre berufliche Selbstständigkeit ermöglichen und unnötige bürokratische Hindernisse aus dem Weg räumen. Kostenlose Kurse auf dem Weg zur Selbstständigkeit sind dabei genauso wichtig, wie die staatliche Förderungen des Unternehmergeists.
- **PS-Grenze für Führerscheinneulinge abschaffen:** Die Leistungsbegrenzung für Fahrzeuge von

Führerscheinneulingen bringt entgegen ihrer vermeintlichen Zielsetzung Nachteile in puncto Fahr- sicherheit mit sich und stellt eine unnötige finanzielle Belastung für junge Autofahrer und deren Fa- milien dar. Die Fahrzeugwahl für junge Autofahrer muss frei sein!

- **Aufbau eines leistungsstarken Landeszivildienstes:** Das bestehende Angebot des freiwilligen Landeszivildienstes muss neben den klassischen sozialen Diensten auf weitere Tätigkeitsfelder in der Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung ausgebaut, aufgewertet und an konkrete Anreize – wie beispielsweise die Anerkennung für die Renten- bzw. Pensionsansprüche – geknüpft werden. Jugendlichen muss die Gelegenheit geboten werden, einen wertvollen Dienst für die Allgemeinheit bringen und gleichzeitig wichtige Berufs- und Lebenserfahrung zu sammeln.